

Fraktion intern

# FRAGEN ANS ANTWORTER

**Das steckt  
drin im  
Konjunkturpaket**

SEITE 6

**Kurzarbeitergeld:  
Warum und wie es  
wirkt**

SEITE 16

**Hilfen in der  
Corona-Pandemie:  
eine Zwischenbilanz**

SEITE 18



# Gemeinsam nach vorne!



**ROLF MÜTZENICH**  
MDB  
Vorsitzender der  
SPD-Bundestagsfraktion

## EDITORIAL

**D**ie Sehnsucht nach Normalität ist überall greifbar. Und dank der Menschen in unserem Land sind wir unserem gewohnten Leben wieder ein ganzes Stück nähergekommen. Sie haben auf beeindruckende Weise ihren Teil der Verantwortung in der Corona-Krise übernommen und damit wesentlich zu deren Beherrschbarkeit beigetragen. Nur so konnten wir die Infektionszahlen erheblich senken, eine Überlastung unseres Gesundheitssystems vermeiden und damit letztlich erfolgreich viele Menschenleben retten.

In den ersten Wochen der Pandemie hat die Politik in schneller Abfolge Sofortmaßnahmen mit einem gewaltigen Finanzvolumen auf den Weg gebracht: Das Gesundheitssystem zu stärken, die Beschäftigten und ihre Familien abzusichern – das hatte für uns als SPD-Bundestagsfraktion von Anfang an oberste Priorität. Deshalb haben wir das Kurzarbeitergeld massiv ausgeweitet und die Lohnfortzahlung für die Eltern ermöglicht, die wegen eingeschränkter Kinderbetreuung nicht arbeiten gehen können. Das hat Eltern zumindest ein Stück weit entlastet und ihnen finanzielle Sicherheit gegeben. Auch viele Soloselbstständige, Freiberufler, kleine Betriebe sowie mittlere und größere Unternehmen fürchteten aufgrund der Corona-Pandemie um ihre Existenz. Mit verschiedenen Stabilisierungsmaßnahmen und Soforthilfen haben wir Beschäftigung gesichert und die Grundlage dafür gelegt, dass unsere Wirtschaft nach der Krise wieder durchstarten kann.

Inzwischen sind wir in eine neue Phase der Krisenbewältigung eingetreten. Wir richten den Blick nach vorne. Umso mehr freue ich mich, dass wir im Koalitionsausschuss ein Konjunkturpaket geschnürt haben, das die Wirtschaft mit voller Kraft zum Laufen bringen kann: Indem wir die Binnennachfrage ankurbeln und gleichzeitig einen Schub für Investitionen geben. Das Paket wirkt in der Breite, hilft aber auch gezielt den Branchen, die es besonders schwer haben – von der Gastronomie über das Veranstaltungsgewerbe, die Kulturbranche und Sozialunternehmen bis hin zur Automobilindustrie und ihren Zulieferfirmen. Das Konjunkturpaket ist aber noch mehr als das: Mit der befristeten Mehrwertsteuerabsenkung

und der reduzierten EEG-Umlage sowie mit dem Kinderbonus ist es auch ein Entlastungsprogramm für Familien, für Menschen mit niedrigen Einkommen und für die breite Mitte der Gesellschaft. Und es ist ein Zukunftspaket, das die Modernisierung unseres Landes mit Investitionen in Bildung, Klimaschutz, Digitalisierung und Gesundheit weiter voranbringt. Damit das gelingt, werden wir Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe entlasten, denn sie sind es, die den Mammutanteil an Zukunftsinvestitionen schultern müssen. Die Übernahme kommunaler Altschulden ist zwar aufgrund der Blockade durch die Union nicht Teil des jüngsten Konjunkturpakets – vom Tisch ist sie für uns deshalb aber keineswegs.

Solidarität ist nicht nur national, sondern auch in Europa und international gefragt. Deshalb haben wir in der Europäischen Union Unterstützungsprogramme für notleidende Mitgliedstaaten auf den Weg gebracht. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr wollen wir ein Programm zur wirtschaftlichen Erholung Europas umsetzen. Um den dramatischen Folgen der Pandemie gerade für Entwicklungs- und Schwellenländer zu begegnen, werden wir drei Milliarden Euro zusätzlich für die Bekämpfung von Corona, humanitäre Hilfe und gesundheitliche Vorsorge im globalen Süden bereitstellen.

Ich bin froh, dass die Antworten auf die Krise ebenso wie die Fortschrittsimpulse eine sozialdemokratische Handschrift tragen. Einmal mehr hat sich in den vergangenen Wochen gezeigt, wie entscheidend ein sozialer und handlungsfähiger Staat ist, der den Bürgerinnen und Bürgern als Partner zur Seite steht. Die drei sozialdemokratischen Kraftzentren – Fraktion, Partei und unsere Bundesministerinnen und Bundesminister – haben von Anfang an zusammengewirkt. Das soll unsere Stärke auch in Zukunft sein. Ich bin sicher: Gemeinsam werden wir auch diese Krise bestehen, Schritt für Schritt zur Normalität zurückfinden und unser Land gut für die Zukunft aufstellen.

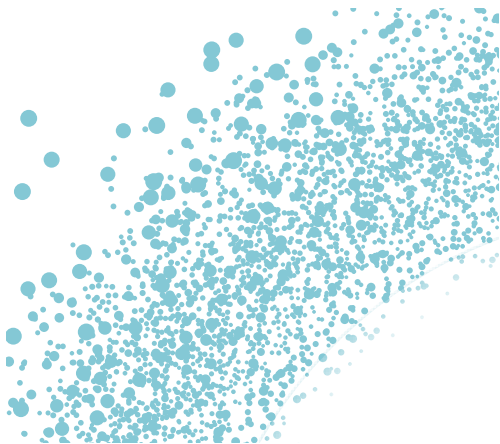
*Euer und Ihr Rolf Mützenich*

# Inhalt

## TITELTHEMA



## 6 TITELTHEMA



## Mit Wumms in die Zukunft!

Mit einem umfangreichen Konjunkturprogramm reagiert die Große Koalition auf die Corona-Krise. Es hilft denjenigen, die von der Krise besonders betroffen sind – und gibt der Wirtschaft einen deutlichen Schub in Richtung Zukunft.



## »Die Beschäftigten waren auch vorher schon systemrelevant«

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Bärbel Bas über Lehren aus der Pandemie.

## Brücke über die Krise

Das Kurzarbeitergeld sorgt dafür, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben. Das hilft den Beschäftigten und den Unternehmen.



## Eine Zwischenbilanz

Seit Beginn der Corona-Pandemie hat der Bundestag umfassende Sofortmaßnahmen beschlossen, um die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu begrenzen.

### Jetzt ist europäische Solidarität gefragt – mehr denn je

Die Europäische Union braucht ein starkes und solidarisches Wiederaufbauprogramm. Darin liegt eine Riesenchance für den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit des Kontinents. — Von Achim Post, MdB



### Die globale Bedrohung Corona braucht multilaterale Antworten

Corona kennt keine Grenzen. Ein Rückzug ins Nationale würde die Krise nur verschärfen. Um das Virus zu besiegen, sind multilaterale Antworten nötig. — Von Gabriela Heinrich, MdB

## IMPRESSUM

Herausgeber:  
SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich:  
Carsten Schneider MdB,  
Erster Parlamentarischer  
Geschäftsführer

Redaktion:  
Stefan Hintermeier,  
Gero Fischer

Redaktionsschluss:  
10. Juni 2020

Redaktionsanschrift:  
SPD-Bundestagsfraktion  
Öffentlichkeitsarbeit  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 227-513 34  
Telefax: 030 227-568 00  
redaktion@spdfraktion.de

www.spdfraktion.de

Abbildungen:  
picture alliance/dpa/  
Andreas Arnold (S. 19),  
picture alliance/dpa/  
dpa-Zentralbild/Britta  
Pedersen (S. 21),  
Shutterstock.com/  
Rawpixel.com (Modelfoto)  
(S. 5, 20), Susie Knoll (S. 3,  
22, 23), photothek (S. 5, 8,  
9, 10, 11, 12, 15)

Grafik & Layout:  
knisterwerk, Hamburg  
Lars Sembach

Druck:  
Möller Druck und Verlag  
GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.



**Mit  
Wumms  
in die  
Zukunft!**

# Mit einem umfangreichen Konjunkturprogramm reagiert die Große Koalition auf die Corona-Krise. Es hilft denjenigen, die von der Krise besonders betroffen sind – und gibt der Wirtschaft einen deutlichen Schub in Richtung Zukunft.

## TITELTHEMA

Das Coronavirus traf die Welt vor einigen Wochen mit einer ungeheuren Wucht und stellte auch unser Land vor die größte Herausforderung seit Jahrzehnten. In der ersten Phase vor Ostern ging es vor allem darum, die rasche Ausbreitung des Virus zu bremsen und das Gesundheitssystem zu stärken, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Es galt, eine Überlastung der Behandlungskapazitäten zu verhindern, wie es in einigen anderen Ländern mit teilweise dramatischen Folgen zu beobachten war.

Im Mittelpunkt der gesundheitspolitischen Maßnahmen stand daher zunächst, die Testkapazitäten möglichst rasch zu erhöhen, um Infektionen früh zu erkennen und nachzuverfolgen, ausreichend Schutzausrüstung zu beschaffen und die Zahl der Intensivbetten deutlich zu steigern. Alle, die auf medizinische Hilfe angewiesen sind, sollten bestmöglich versorgt werden können.

Parallel dazu hat die Koalition im Bund milliardenschwere Schutzschirme aufgespannt, um Arbeitsplätze zu schützen, Unternehmen in dieser schweren Krise zu stabilisieren und Menschen vor sozialen Notlagen zu bewahren. Seither sind umfassende Soforthilfen beschlossen worden – für Beschäftigte und Familien, für Mieterinnen und Mieter, für Studierende, Soloselbständige und Freiberufler, für die Kultur- und Kreativwirtschaft, für Startups, kleine Betriebe und große Unternehmen (siehe Überblick ab Seite 18).

Eine der ersten und wichtigsten Maßnahmen: die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes. Dieses Instrument gleicht Teile des Lohns bei verringerter Arbeitszeit aus und hat sich schon während der Finanzkrise vor gut zehn Jahren als äußerst erfolgreich erwiesen, um Jobs zu sichern und Entlassungen zu verhindern. Auch in der jetzigen Situation trägt das Kurzarbeitergeld in erheblichem Umfang dazu bei, Brücken über die Krise zu bauen (siehe Seite 16).

Inzwischen ist in Deutschland die Zahl der Menschen, die aktuell mit dem Coronavirus infiziert sind, seit mehreren Wochen rückläufig. »Das Krisenmanagement hat bislang gut funktioniert«, sagt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Bärbel Bas. »Eine Überlastung des Gesundheitswesens konnten wir verhindern. Das wird auch international positiv bewertet« (siehe das Interview ab Seite 12).

Das ist in erster Linie ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger: Die Menschen haben sich besonnen verhalten, Gemeinnutz gezeigt und die Beschränkungen und Abstandsregeln beherzigt. Damit haben sie die Ausbreitung des Virus gestoppt. Gerade angesichts der enormen Belastungen, die mit den pandemiebedingten Einschränkungen einhergehen, ist diese Besonnenheit ein Ausdruck des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Solidarität – vor allem gegenüber Menschen aus Risikogruppen, die in besonderer Weise auf Rücksichtnahme angewiesen sind.

Inzwischen hat eine neue Phase begonnen. Die niedrigen Infektionszahlen haben es seit Mai ermöglicht, die Einschränkungen Schritt für Schritt zu lockern. Jetzt geht es darum, das gesellschaftliche Leben und die Wirtschaft wieder hochzufahren. Abstands- und Hygieneregeln bleiben weiterhin nötig. Aber Familien und Kinder brauchen klare Perspektiven, vor allem mit Blick auf die Öffnung von Schulen und Kitas. Und die Wirtschaft braucht neuen Schwung, um wieder ans Laufen zu kommen.



# » Wir investieren in den Zusammenhalt und die Zukunft der Menschen. «

MATTHIAS MIERSCH  
MDB  
Stellvertretender Vorsitzender  
der SPD-Bundestagsfraktion

## Konjunkturpaket: Sozial, ökologisch und innovativ

Anfang Juni hat die Große Koalition deshalb ein umfassendes Konjunkturprogramm verabredet. Mit einem Volumen von insgesamt 130 Milliarden Euro soll es der Wirtschaft einen kräftigen Schub in Richtung Zukunft geben. Es ist sozial gerecht und bringt unser Land auch ökologisch nach vorne. Es ist ein Programm für Familien, für Kommunen, für Auszubildende, für kleine und mittelständische Unternehmen, für die Kultur und die Umwelt. »Wir wollen mit Wumms aus der Krise kommen«, sagte Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz nach der Sitzung des Koalitionsausschusses zum geplanten Konjunkturpaket.

Die Maßnahmen sollen schnell dort ankommen, wo sie am meisten gebraucht werden und wo sie die größte Wirkung entfalten können. Deshalb stehen die Menschen im Mittelpunkt des Programms: Mit direkten Unterstützungen für die Bürgerinnen und Bürger stärkt die Koalition die Nachfrage und kurbelt die Konjunktur an. Liquiditätshilfen für besonders betroffene Unternehmen sichern die Arbeitsplätze zahlreicher Beschäftigter. Und Investitionen in Zukunftstechnologien machen unser Land wettbewerbsfähiger, ökologischer und lebenswerter. Die verabredeten Maßnahmen sollen nun zügig vom Deutschen Bundestag beschlossen werden.

## Nachfrage stärken, Menschen und Unternehmen entlasten

Klar ist: Die Konjunktur braucht starke Impulse, um wieder in Gang zu kommen. Ein zentrales Instrument dafür ist die Senkung der Mehrwertsteuer, befristet vom 1. Juli bis Jahresende. Statt 19 Prozent beträgt der reguläre Mehrwertsteuersatz dann 16 Prozent, der ermäßigte Satz sinkt von 7 auf 5 Prozent. In der Folge sinken die Preise für Waren und Dienstleistungen. Davon profitieren vor allem Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen, da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben. Zugleich stärkt die Mehrwertsteuersenkung die Binnen- nachfrage und gibt der Wirtschaft einen Schub.

Dasselbe Prinzip gilt für die Senkung der EEG-Umlage. Sie macht fast ein Viertel der Strompreise aus und würde ohne Gegenmaßnahmen in den nächsten Jahren deutlich steigen. Hohe Stromkosten aber treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart, zudem schwächen sie die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Deshalb wird die EEG-Umlage für die Jahre 2021 und 2022 verlässlich auf 6,5 bzw. 6,0 Cent pro Kilowattstunde gesenkt. Der Bund leistet dafür einen Zuschuss in Höhe von elf Milliarden Euro. Vor allem Haushalte mit weniger Einkommen haben damit mehr Geld zur Verfügung, die Wirtschaft wird wettbewerbsfähiger.

Zudem verhindert die Koalition mit einer Sozialgarantie, dass steigende Sozialversicherungsbeiträge für Beschäftigte und Unternehmen in der Krise zur Belastung werden. Sie werden für die Jahre 2020 und 2021 bei maximal 40 Prozent gedeckelt. Damit Sozialleistungen nicht gekürzt werden, wird der Bund den Finanzbedarf der Sozialversicherungen decken.



## **Junge Menschen und Familien unterstützen**

Familien sind durch Schul- und Kitaschließungen besonders von den krisenbedingten Einschränkungen betroffen. Sie erhalten deshalb für jedes Kind einen einmaligen Kinderbonus von 300 Euro. Der Bonus wird nicht auf die Grundsicherung angerechnet und stärkt vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Bei Eltern mit hohem Einkommen wird der Kinderbonus hingegen wie auch das Kindergeld mit dem Kinderfreibetrag verrechnet. Gleichzeitig ist der Kinderbonus in Höhe von insgesamt 4,3 Milliarden Euro ein ordentlicher Impuls für die Binnennachfrage.

Eine besondere Unterstützung soll es für Alleinerziehende geben. Für sie wird der sogenannte Entlastungsbetrag befristet auf die Jahre 2020 und 2021 von derzeit 1.908 Euro auf 4.000 Euro angehoben und damit mehr als verdoppelt.

Die Corona-Zeit hat nochmal deutlich vor Augen geführt: Leistungsfähige Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind für die Teilhabe unserer Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von zentraler Bedeutung. Die Schulen stehen hier vor großen Herausforderungen. Sie müssen ihre digitalen Lehrangebote ausbauen und für den Präsenzunterricht entsprechende Hygieneanforderungen einhalten. Die Koalition sorgt hier für zusätzliche Impulse: Länder, die in den Jahren 2020 und 2021 Investitionsmittel für den Ganztagsausbau abrufen, erhalten diese Mittel im späteren Programmverlauf zusätzlich. Außerdem wird die Förderung von digitalen Lernangeboten im Digitalpakt Schule ausgeweitet.

Auch beim Ausbau der Kindertagesbetreuung erhöht die Koalition das Tempo und stellt eine Milliarde Euro zusätzlich für Ausbaumaßnahmen bereit, die in den Jahren 2020 und 2021 stattfinden. Die zusätzlichen Investitionen in Bildung und Betreuung leisten einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit von Kindern, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nicht zuletzt auch für mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Zudem spannt die Koalition einen Schutzschirm für Auszubildende. Schulabgängerinnen und Schulabgänger sollen trotz der aktuellen Situation eine Ausbildung beginnen können, Auszubildende ihre laufende Ausbildung ordentlich zu Ende bringen können. Deshalb soll es Prämien für Betriebe geben, die ihre Ausbildungsplätze erhalten oder erhöhen beziehungsweise Auszubildende aus insolventen Firmen übernehmen.

## **Hilfe für Kommunen**

Die Unterstützung der Kommunen war der SPD-Bundestagsfraktion in den Verhandlungen des Konjunkturpakets ein besonderes Anliegen. Städte und Gemeinden sichern die Daseinsvorsorge und ermöglichen gute Lebensbedingungen vor Ort. Sie müssen handlungsfähig sein und investieren können. Deshalb werden sie mit dem Konjunkturprogramm kräftig entlastet. Sie erhalten einen Ausgleich für die krisenbedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer: Der Bund übernimmt die Hälfte (rund 5,9 Milliarden Euro), die andere Hälfte sollen die Länder tragen. Außerdem übernimmt der Bund künftig bis zu 75 (statt 50) Prozent der Unterkunftskosten für Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung. Das entspricht einer Entlastung um etwa vier Milliarden Euro pro Jahr. Auch beim öffentlichen Personennahverkehr in den Kommunen gibt es Unterstützung: Hier wird der Bund den Ländern mit 2,5 Milliarden Euro zusätzlich bei der Finanzierung helfen, da die Fahrgeldeinnahmen krisenbedingt stark gesunken sind.

Die Entlastungen schaffen bei den Kommunen wichtigen Investitionsspielraum – und sind damit ein wichtiger Impuls für die Konjunktur. Denn Städte und Gemeinden tätigen rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen.

»  
**Der Kinderbonus und die Mehrwertsteuersenkung geben einen kräftigen Konjunkturschub und führen zu spürbaren Entlastungen, gerade auch bei Familien.**  
«



ACHIM POST  
MDB  
Stellvertretender Vorsitzender  
der SPD-Bundestagsfraktion

## Engpässe überbrücken, Branchen unterstützen

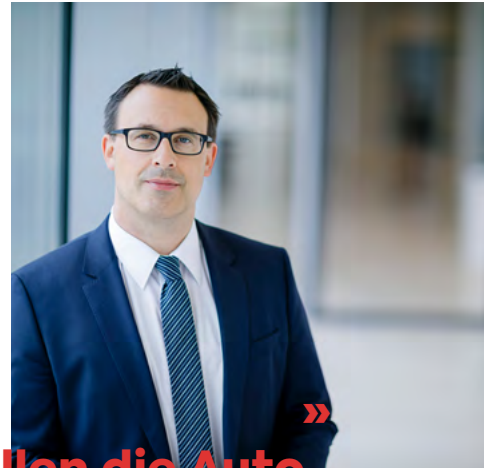
Zahlreiche Unternehmen, vor allem aber auch kleine und mittelständische Betriebe, haben weiterhin mit erheblichen Umsatzeinbrüchen zu kämpfen. Um ihre Existenz zu sichern, hat die Koalition ein Programm mit Überbrückungshilfen in Höhe von 25 Milliarden Euro beschlossen. Damit erhalten betroffene Unternehmen in den Monaten Juni bis August weiter Unterstützung bei der Finanzierung laufender Betriebskosten. Von dem Programm sollen besonders Branchen wie etwa das Hotel- und Gaststättengewerbe, Jugendherbergen, Schausteller, Reisebüros, Reisebus- und Veranstaltungsunternehmen, aber etwa auch Einrichtungen der Behindertenhilfe profitieren.

Zudem erhalten Unternehmen über steuerliche Maßnahmen und bessere Abschreibungsregeln für die Jahre 2020 und 2021 mehr Liquidität. Sie können bewegliche Wirtschaftsgüter schneller abschreiben und in diesem Jahr entstehende Verluste umfassender mit Gewinnen aus 2019 verrechnen.

Auch für die Kulturbranche baut die Koalition Brücken, um durch die verlustreiche Zeit zu kommen. Denn größere Kulturveranstaltungen mit Publikum sind weiterhin nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich. Mit einem Hilfsprogramm für den Kulturbereich steht eine Milliarde Euro bereit, um die Kulturprojekte und die Kulturinfrastruktur in Deutschland zu stützen. Die Länder werden ebenfalls aktiv. Außerdem wird es ein Kredit-Sonderprogramm der KfW im Umfang von einer Milliarde Euro für gemeinnützige Organisationen geben. Dies schließt unter anderem Jugendherbergen, Familienferienstätten und Schullandheime ein.

## Nachhaltige Zukunft gestalten

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, dass Deutschland gestärkt aus der Krise kommt. Mit dem Konjunkturprogramm legt die Koalition den Grundstein dafür. Investitionen in die Modernisierung von Land und Wirtschaft sollen den nötigen Strukturwandel vorantreiben und das Land in entscheidenden Bereichen besser aufstellen. Dafür hat die Koalition ein 50 Milliarden Euro schweres »Zukunftspaket« geschnürt, das Maßnahmen für Klimaschutz und Digitalisierung ebenso umfasst wie Investitionen in das Gesundheitswesen.



»  
**Wir wollen die Automobilindustrie als Leitindustrie Deutschlands zukunftsfest machen und Arbeit sichern.**  
«

SÖREN BARTOL  
MDB  
Stellvertretender Vorsitzender  
der SPD-Bundestagsfraktion

## Mehr Tempo bei Energie- und Mobilitätswende

Zentral für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes ist die Energie- und Mobilitätswende. Denn hier verbinden sich die Themen Klimaschutz und Zukunftstechnologien, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Mit verschiedenen Maßnahmen knüpft die Koalition an das Klimaschutzprogramm an und setzt noch stärkere Anreize für Investitionen in Zukunftstechnologien. Ein wichtiges Ziel ist dabei die Stärkung des Automobilsektors mit bis zu zehn Milliarden Euro, der auf seinem Weg hin zu klimafreundlichen Antrieben einen enormen Strukturwandel vor sich hat. Um den Austausch hin zu emissionsfreien Fahrzeugen zu beschleunigen, verdoppelt der Bund seinen Anteil an der Umweltprämie für den Kauf eines Elektroautos: Bei Nettolistenpreisen bis 40.000 Euro soll die Prämie von 3.000 auf 6.000 Euro steigen – zusätzlich zur Prämie der Industrie. Zudem fördert der Bund mit einem Bonus-Programm Zukunftsinvestitionen der Hersteller und Zulieferer in der Automobilindustrie und investiert zusätzlich 2,5 Milliarden Euro in den schnellen Ausbau des Ladesäulenetzes sowie in die Forschung im Bereich Elektromobilität.

bilität. Auch die Umstiege von Fahrzeug-, Bus- und LKW-Flotten auf Elektromobilität sollen gefördert werden.

Zudem werden sieben Milliarden Euro zusätzlich in die Zukunftstechnologie Wasserstoff investiert. Deutschland und Europa sollen Leitmärkte für eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft werden und deutsche Unternehmen ihre Vorreiterrolle weiter stärken. Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzubringen, wird der Deckel für Photovoltaik abgeschafft, der bislang die Förderung von Solaranlagen künstlich begrenzt. Kommunen sowie Anwohnerinnen und Anwohner sollen zudem stärker von den finanziellen Erträgen von Windrädern profitieren.

### **Digitalisierung anschieben**

Auch die Digitalisierung soll einen weiteren Schub bekommen, vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Die Digitalisierung der Wirtschaft soll über erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten für digitale Wirtschaftsgüter, den Aufbau einer souveränen Infrastruktur sowie ein Förderprogramm für den Auf- und Ausbau von Plattformen weiter gefördert werden. Dazu gehört auch ein flächendeckendes 5G-Netz bis zum Jahr 2025: Die neue Mobilinfrastrukturgesellschaft soll mit fünf Milliarden Euro ausgestattet werden, um den Netzausbau in Gebieten zu ermöglichen, die von den Ausbauverpflichtungen der Mobilfunkbetreiber nicht abgedeckt sind.

Zwei weitere Milliarden Euro will die Koalition bis 2025 zusätzlich in Künstliche Intelligenz (KI) investieren, um ein wettbewerbsfähiges europäisches KI-Netzwerk zu unterstützen. Außerdem stellt der Bund Mittel für den Bau von mindestens zwei Quantencomputern bereit.

### **Gesundheitswesen stärken**

Das deutsche Gesundheitswesen hat sich in der ersten Phase der Corona-Pandemie als robust erwiesen und dafür gesorgt, dass wir die Krise gut gemeistert haben. Dennoch hat die Pandemie auch Defizite offengelegt. Darauf reagiert die Koalition, indem sie vier Milliarden Euro bereitstellt, um in den Gesundheitsämtern unter anderem zusätzlich erforderliche Stellen sowie technische und digitale Auf- und Ausrüstung zu finanzieren. Auch die Ausstattung der Krankenhäuser wird verbessert. Mit drei Milliarden Euro sollen Investitionen in Notfallkapazitäten, digitale Infrastruktur, in IT- und Cybersicherheit des Gesundheitswesens sowie in gezielte Entwicklung und Stärkung regionaler Versorgungsstrukturen gefördert werden. Schließlich will die Koalition die inländische Produktion wichtiger Arzneimittel und Medizinprodukte zusätzlich mit einer Milliarde Euro fördern und die Mittel für Impfstoffentwicklung weiter erhöhen.

Wie wichtig vor allem der letzte Punkt – die Impfstoffentwicklung – ist, hat die Corona-Pandemie mehr als deutlich gezeigt. Das Virus hat die ganze Welt mit ungeheurer Wucht getroffen und wir lernen gerade, mit ihm zu leben. Aber auch diese Phase wird vorbeigehen: Sobald es einen Impfstoff gibt, wird die Wucht des Virus endgültig verpuffen.

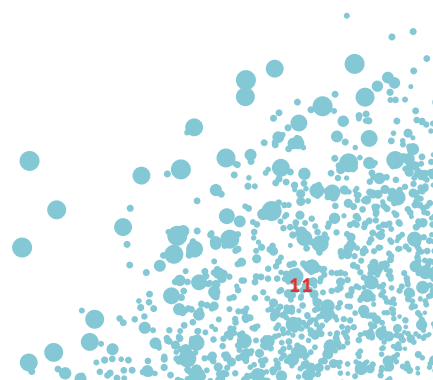


## **Deutschland wird sozialer, digitaler und ökologischer.**



KATJA MAST  
MDB

Stellvertretende Vorsitzende  
der SPD-Bundestagsfraktion





**Ein Gespräch mit  
Bärbel Bas, MdB**

# Die Beschäftigten waren auch

INTERVIEW

**vorher schon  
systemrelevant**

**Wir sind bislang gut durch die Krise gekommen, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Bärbel Bas mit Blick auf das Gesundheitssystem. Im Interview spricht sie über die Gründe und sagt, welche Lehren wir jetzt schon ziehen können, um uns künftig noch besser vorzubereiten.**

**Die erste Phase der Corona-Pandemie ist in Deutschland verhältnismäßig gut gemeistert worden. Wie bewertest Du den bisherigen Umgang mit der Krise in Deutschland und das Krisenmanagement der Koalition?**

**Bärbel Bas:** Wir sind bislang gut durch die Krise gekommen. Das sehe ich auch so. Das Krisenmanagement hat bislang gut funktioniert. Eine Überlastung des Gesundheitswesens konnten wir verhindern. Das wird auch international positiv bewertet. Deutschland liegt beim Kampf gegen das Coronavirus weltweit auf dem zweiten Platz – so das Ergebnis einer internationalen Vergleichsstudie der Londoner Deep Knowledge Group.

**Das deutsche Gesundheitssystem hat sich bisher als leistungsfähig erwiesen und Entwicklungen wie in Italien oder Spanien konnten vermieden werden. Was sind die entscheidenden Gründe dafür?**

**Bärbel Bas:** Wir haben schnell reagiert und konnten so den an Ostern befürchteten starken Anstieg der Fallzahlen verhindern. Übrigens auch, weil viele Menschen ihre sozialen Kontakte schon vorher eingeschränkt haben, bevor die Kontaktbeschränkungen offiziell in Kraft getreten sind. Es gibt dafür aber auch statistische Gründe. Die ersten Infizierten in Deutschland waren jünger als in anderen Ländern, mit weniger schweren Krankheitsverläufen. Das hat uns Zeit gegeben, unser Gesundheitssystem auf Corona vorzubereiten. Und es gibt signifikante medizinische Faktoren. Dazu zählen vor allem frühzeitige und weit verbreitete Tests und eine im internationalen Vergleich hohe Anzahl an Intensivbetten. Deren Zahl haben wir weiter aufgestockt. Außerdem wurde ein bundesweites Register geschaffen, das Auskunft über die Anzahl und die Belegung der Intensivbetten gibt. So können wir sofort reagieren, wenn ein Engpass bei Beatmungsplätzen droht.

**Wie können wir uns für künftige Pandemien besser vorbereiten?**

**Bärbel Bas:** Im Moment tun wir alles, um die bestehenden Schwierigkeiten zu lösen und Patientinnen und Patienten bestmöglich zu versorgen. Pandemien werden sich aber auch in Zukunft nicht völlig verhindern lassen. Wir werden die Coronakrise genau bewerten. Wir haben das Bundesgesundheitsministerium dazu verpflichtet, bis 31. März 2021 einen Bericht über die beschlossenen Maßnahmen und den Umgang mit dem Coronavirus vorzulegen. Spätestens dann werden wir auch Lehren für künftige Pandemien ziehen. Wir können aber auch schon jetzt erste Lehren ziehen.

**Welche sind das?**

**Bärbel Bas:** Eine erste Lehre dieser Krise wird es sicher sein, in Zukunft ausreichend Schutzausrüstung vorrätig zu haben. Dabei dürfen wir uns nicht nur von Zulieferern aus dem Ausland abhängig machen. Die aufgebaute Produktion in Deutschland muss gesichert werden. Der Notstand an Schutzmaterial und die damit verbundene Preisexplosion darf uns nie wieder passieren. Der Markt regelt eben nicht alles. Wir müssen insbesondere unser medizinisches und pflegendes Personal ausreichend schützen.

Eine weitere Lehre wird es sein, den Öffentlichen Gesundheitsdienst deutlich zu stärken. Er spielt eine entscheidende Rolle beim Nachvollziehen von Infektionsketten und der Bekämpfung der Ausbreitung des Virus. Mit dem Zweiten Bevölkerungsschutzgesetz haben wir erste Verbesserungen beschlossen. Es braucht aber mehr. Insbesondere mehr Personal und eine bessere Ausstattung, um den vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden. Das sind nur zwei Beispiele für eine notwendige Diskussion über Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge.

**Insgesamt hat sich gezeigt: Je erfolgreicher einschränkende Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen sind, desto größer wird auch die Kritik an Ihnen. Wie reagierst Du auf Menschen, die die Reaktion auf die Pandemie für überzogen halten und denen die Maßnahmen viel zu weit gehen?**

**Bärbel Bas:** Erstmal mit Verständnis. Gerade die erste Phase war für uns alle sehr belastend. Es fehlt etwas, wenn der Kontakt zu Freundinnen, Freunden und Familie – oder auch zu Arbeitskolleginnen – nicht möglich ist. Familien sehen sich mit Home Office und Home Schooling an den Rand ihrer Belastungsgrenzen gebracht. In vielen Unternehmen wird nach wie vor nur eingeschränkt gearbeitet. Es geht um Kurzarbeit und Entlassungen. Bei vielen Menschen geht es auch darum, ob sie ihren Arbeitsplatz behalten. Die Angst, die Existenz zu verlieren, ist groß. Ich halte die Maßnahmen aber für richtig. Der Blick in andere Länder zeigt, was passieren kann, wenn man zu spät auf steigende Fallzahlen reagiert. Aber natürlich müssen wir immer abwägen und dürfen Einschränkungen nicht länger aufrechterhalten als notwendig. Deshalb ist es auch richtig, dass die Einschränkungen jetzt wieder schrittweise gelockert wurden und werden.

**In manchen Fällen wird Kritik an der Politik der Koalition auch mit Unwahrheiten begründet. Ein Beispiel ist die Diskussion um eine angeblich geplante Impfpflicht, die nie vorgesehen war. Wie sollte man mit solchen Vorwürfen umgehen?**

**Bärbel Bas:** Wir müssen solchen Unwahrheiten mit Aufklärung begegnen, auch wenn wir nicht alle erreichen, die an verbreitete Unwahrheiten und Verschwörungserzählungen glauben. Die angebliche Impfpflicht ist ein gutes Beispiel. Sie war zu keinem Zeitpunkt vorgesehen. Es wäre auch absurd, eine

Impfpflicht im Bundestag zu beschließen, wo es doch bisher überhaupt keinen Impfstoff gibt.

Aber auch dann, wenn wir einen Impfstoff haben und mehr über eine mögliche Immunität wissen, gilt für uns: Es darf keine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Infizierten und Nicht-Infizierten geben. Auch die Immunitätsdokumentation wurde auf unseren Druck hin aus dem Gesetzentwurf gestrichen. Ich halte es für den richtigen Weg, dass sich der Deutsche Ethikrat ausführlich mit diesem Thema beschäftigen wird. Das haben wir deutlich kommuniziert. Die Erfahrung zeigt leider, dass es schwierig ist, falsche Behauptungen wieder aus der Welt zu bekommen, auch wenn man sie widerlegt. Aber man muss dran bleiben und mit den Menschen sprechen und schreiben.

**In der Krise sind plötzlich Beschäftigte in Berufen systemrelevant geworden, die in Normalzeiten mit niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen zu**

**kämpfen haben, zum Beispiel das Personal im Supermarkt oder Beschäftigte in der Pflege. Wie erhalten diese Menschen auch langfristig mehr Wertschätzung, die sich für sie auszahlt?**

**Bärbel Bas:** Die Beschäftigten waren auch vorher schon systemrelevant. Die Pandemie hat das jetzt noch mal ganz deutlich gemacht. Es ist daher gut, dass Arbeitgeber einen Corona-Bonus auszahlen können, der bis zu 1.500 Euro steuer- und beitragsfrei für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleibt. Damit können besondere Belastungen wertgeschätzt werden. Dabei darf es aber nicht bleiben. Gerade in diesen sogenannten systemrelevanten Bereichen brauchen wir mehr und bessere Tariflöhne. Die Tarifflucht der Arbeitgeber muss durch Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen gestoppt werden und es braucht mehr betriebliche Mitbestimmung für bessere Arbeitsbedingungen. Dafür wird sich die SPD-Bundestagsfraktion weiterhin stark machen.

»  
**Es darf keine  
Zwei-Klassen-Gesellschaft  
von Infizierten und  
Nicht-Infizierten geben.**



# Brücke über die Krise

ARBEIT SICHERN

## Was bedeutet Kurzarbeitergeld?

Unternehmen, denen krisenbedingt die Aufträge wegbrechen und die nicht mehr genug Arbeit für ihre Beschäftigten haben, können Kurzarbeit beantragen. Sie können damit die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten und Arbeitslosigkeit vermeiden. Die Bundesagentur für Arbeit springt mit dem Kurzarbeitergeld ein und gleicht den Lohn für Beschäftigte zum Teil aus. Das Instrument hat sich zuletzt in Zeiten der Finanzkrise bewährt und mit dafür gesorgt, dass Deutschland 2009 gut durch die Krise gekommen ist.

## Warum ist das Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise sinnvoll?

Die Corona-Pandemie hat für einen beispiellosen Einbruch der Wirtschaft gesorgt. In dieser Krise hilft das Kurzarbeitergeld den Beschäftigten genauso wie den Unternehmen. Beschäftigte erhalten weiterhin Geld und rutschen nicht in die Arbeitslosigkeit. Unternehmen können Personalkosten einsparen und krisenbedingte Ausfälle überbrücken. Sie müssen keine gut eingearbeiteten Fachkräfte entlassen, die sie hinterher mit großem Aufwand wieder neu einstellen müssten. Das heißt: Nach der Krise, kann es sofort wieder losgehen.

## Welche Verbesserungen gibt es beim Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise?

Die Koalition hat das Kurzarbeitergeld mit Blick auf die Corona-Krise schnell angepasst, die meisten Anpassungen gelten befristet bis zum 31.12.2020. Das Ziel: Die Voraussetzungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld deutlich erleichtern und so mehr Beschäftigten einen Zugang ermöglichen. Aktuell reicht es aus, wenn zehn Prozent (statt eines Drittels) der Beschäftigten eines Betriebes von Arbeitsausfall betroffen sind, damit ein Unternehmen Kurzarbeit beantragen kann. Anders als bisher wird in Betrieben teilweise oder vollständig auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden verzichtet. Auch kann Kurzarbeitergeld jetzt für Beschäftigte in Leiharbeit gezahlt werden. Die anfallenden Sozialversicherungsbeiträge werden den Arbeitgebern zu 100 Prozent erstattet. Die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes durch Arbeitgeber bleibt bis zu einer Höhe von 80 Prozent des Gehalts nicht nur abgaben-, sondern auch steuerfrei.

## Wie hoch ist das Kurzarbeitergeld?

Beschäftigte erhalten für die Arbeitszeit, die sie in Kurzarbeit sind, 60 Prozent ihres Nettogehalts. Berufstätige Eltern mit Kindern erhalten 67 Prozent. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Koalition durchgesetzt, dass sich



## Es hilft Beschäftigten und Unternehmen: Das Kurzarbeitergeld ist eines der zentralen Instrumente, um die Folgen der Corona-Pandemie für die Beschäftigten und die Unternehmen abzufedern. Warum und wie es wirkt.

das Kurzarbeitergeld erhöht, wenn es über einen längeren Zeitraum bezogen wird. Viele Beschäftigte können nicht über mehrere Monate mit Lohneinbußen von bis zu 40 Prozent zurechtkommen. Wenn Beschäftigte aufgrund der Corona-Krise weniger als 50 Prozent arbeiten, steigt es ab dem vierten Monat auf 70 Prozent (bzw. auf 77 Prozent für Haushalte mit Kindern) und ab dem siebten Monat auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent). Außerdem werden die Möglichkeiten erweitert, sich etwas hinzuverdienen: So bleiben Hinzuverdienste aus allen Tätigkeiten anrechnungsfrei, wenn sie zusammen mit dem Kurzarbeitergeld die Höhe des bisherigen Monatseinkommens nicht überschreiten.

### Wie lange kann Kurzarbeitergeld bezogen werden?

Grundsätzlich ist der Bezug von Kurzarbeitergeld für bis zu zwölf Monate möglich. Ausnahmen gibt es allerdings für Betriebe, die schon vor der Corona-Pandemie in Kurzarbeit waren. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Anspruch auf Kurzarbeitergeld bis zum 31. Dezember 2019 entstanden ist, wurde deshalb die Bezugsdauer auf bis zu 21 Monate, längstens bis zum 31. Dezember 2020, verlängert.

Die Koalition hat vereinbart, im September im Lichte der pandemischen Lage zu entscheiden, wie der Bezug von Kurzarbeitergeld ab dem 1. Januar 2021 geregelt wird.

### Das ist neu bei der Kurzarbeit:

- Es reicht, wenn zehn Prozent der Beschäftigten eines Betriebes von Arbeitsausfall betroffen sind, damit ein Unternehmen Kurzarbeit beantragen kann.
- Es wird auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden verzichtet.
- Arbeitgeber erhalten Sozialversicherungsbeiträge zu 100 Prozent erstattet.
- Arbeitgeber können das Kurzarbeitergeld aufstocken – bis zu einer Höhe von 80 Prozent des Gehalts steuer- und sozialversicherungsabgabenfrei.
- Bei längerem Bezug erhöht sich das Kurzarbeitergeld schrittweise auf bis zu 80 (bei Familien mit Kindern auf bis zu 87 Prozent) des pauschalierten Netto-Entgelts.
- Während der Kurzarbeit bleiben Hinzuverdienste anrechnungsfrei, wenn sie zusammen mit dem Kurzarbeitergeld die Höhe des bisherigen Monatseinkommens nicht überschreiten.

**Seit Beginn der Corona-Pandemie hat der Bundestag in rascher Abfolge weitreichende Sofortmaßnahmen beschlossen, um die Gesundheit zu schützen, die Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wirtschaft zu begrenzen und Menschen vor sozialen Notlagen zu bewahren.**

# Eine Zwischenbilanz.

## SOFORTHILFEN

In der ersten Phase der Pandemie kam es darauf an, schnell zu handeln. Ab März hat die Koalition innerhalb weniger Wochen mehr als 50 Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht, um die Folgen der Krise zu begrenzen. Der Bundestag hat dafür mit einem Nachtragshaushalt Mittel in Höhe von 122 Milliarden Euro bewilligt. Der Staat hat sich als handlungsfähig erwiesen. Und die Bürgerinnen und Bürger zeigen sich in der Krise solidarisch und besonnen. Es hat sich gezeigt, dass auf beides Verlass ist: die Handlungsfähigkeit der Politik und den Zusammenhalt der Gesellschaft.

### **Für die Gesundheit**

Für eine erfolgreiche Eindämmung der Pandemie stehen zwei Dinge im Vordergrund: das Infektionsgeschehen zu verlangsamen und das Gesundheitswesen zu stärken. Die Behörden in Bund, Ländern und Gemeinden haben der Ausbreitung des Coronavirus frühzeitig mit Kontaktnachverfolgung und einer gezielten Testung auf Infektionen entgegengewirkt. Dafür sind die Gesundheitsämter personell erheblich gestärkt worden. Die Testkapazitäten sind deutlich ausgebaut worden, auf über 800.000 Tests pro Woche. Dafür werden Unternehmen und Forschungseinrichtungen gezielt mit Fördermitteln unterstützt. Um die Öffnung des gesellschaftlichen Lebens zu

ermöglichen, muss die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) nun Tests auch für symptomfreie und nicht gesetzlich Versicherte übernehmen.

Parallel dazu hat die Koalition das Gesundheitswesen insgesamt gestärkt. Das Ziel: ein zu jeder Zeit leistungsfähiges System. Dafür wurde die Anzahl der Intensivbetten massiv ausgebaut. Insgesamt wird mit rund zehn Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln und Entlastungen für die Krankenhäuser gerechnet.

Ein finanzieller Schutzschirm wurde auch gespannt für Ärztinnen und Ärzte, Therapeutinnen und Therapeuten, Rehabilitationskliniken, Einrichtungen des Müttergenesungswerkes, sozialpädiatrische Zentren und Medizinische Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderungen.

Mit dem sogenannten Pflege-Bonus erhalten Beschäftigte in der ambulanten und stationären Altenpflege im Jahr 2020 eine einmalige steuer- und abgabenfreie Corona-Prämie in Höhe von bis zu 1.000 Euro. Länder und Arbeitgeber können diesen Betrag auf bis zu 1.500 Euro aufstocken.

Zentral für die dauerhafte Bekämpfung des Coronavirus ist die Entwicklung von Medikamenten und vor allem eines Impfstoffes. Daher investiert die Koalition massiv in den Bereich Forschung und Entwicklung: Bis zu 750 Millionen Euro hat sie für ein nationales Sonderprogramm

bereitgestellt. Dazu kommen nochmal 525 Millionen Euro, die in die internationale Zusammenarbeit bei der Impfstoffentwicklung fließen.

Damit der Bund die Länder bei der Krisenbewältigung unterstützen kann, wurde das Infektionsschutzgesetz erweitert. Der Deutsche Bundestag hat eine epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt. Zeitlich befristet können damit Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung mit Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln, mit Medizinprodukten und Labordiagnostik sowie zur Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung zentral im Gesundheitsministerium ergriffen werden.

### Für die Bürgerinnen und Bürger

Die Corona-Pandemie hat weitreichende Folgen für die Menschen in Deutschland: Viele kämpfen mit finanziellen Einbußen und machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz und ihre Zukunft. Familien müssen Betreuung, Arbeit und Alltag neu organisieren. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Koalition zahlreiche Maßnahmen durchgesetzt, um die Menschen während der Pandemie zu unterstützen und die langfristigen Folgen abzufedern. Dazu gehören zwei umfangreiche Sozialschutzpakete, die für eine soziale Absicherung der Menschen sorgen, die von den Folgen der Krise besonders betroffen sind. Das Ziel: Niemand in Deutschland soll die Folgen der Krise allein meistern müssen.

### Für Beschäftigte

Das zentrale Instrument, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu bewältigen, ist das Kurzarbeitergeld (siehe dazu Seite 16). Es hilft Beschäftigten ebenso wie Unternehmen, indem es Entlassungen verhindert und ein sofortiges Wiederhochfahren nach der Krise möglich macht. In Corona-Zeiten steht das Kurzarbeitergeld für wesentlich mehr Beschäftigte bereit, ist leichter zu beantragen und erhöht sich bei längerem Bezug.

Und die SPD-Fraktion kümmert sich um diejenigen, die es besonders hart trifft: Menschen, die durch



Corona-Testmobil des Deutschen Roten Kreuzes in Frankfurt am Main. Insgesamt sind die Testkapazitäten in Deutschland deutlich ausgebaut worden.

Jobverlust oder Einkommenseinbußen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind. Das Arbeitslosengeld I wird für diejenigen um drei Monate verlängert, deren Anspruch zwischen Anfang Mai und Ende Dezember 2020 enden würde. So rutschen sie nicht pandemiebedingt in die Grundsicherung. Für diejenigen, bei denen Kurzarbeit und Arbeitslosengeld nicht (mehr) greifen, hat die Koalition den Zugang zu Leistungen der Grundsicherung vereinfacht. Ersparnis wird in den ersten sechs Monaten nicht auf die Grundsicherung angerechnet. Auch Folgeanträge werden unbürokratisch für zwölf Monate weiterbewilligt. Zudem muss niemand umziehen, der wegen der Corona-Krise Grundsicherung beantragt. Für die ersten sechs Monate werden die Ausgaben für Wohnung und Heizung in jedem Fall anerkannt.

### Für Eltern und Familien

Viele erwerbstätige Eltern und Sorgeberechtigte stehen durch behördliche Schul- und Kitaschließungen vor besonderen Herausforderungen. Sie müssen ihre Kinder betreuen und gleichzeitig im Homeoffice arbeiten – oft auf engem Raum in kleinen Wohnungen. Nicht alle können das miteinander vereinbaren oder können von Zuhause aus arbeiten. Für sie hat die Koalition einen Anspruch auf Entschädigung im Infektionsschutzgesetz geschaffen. Beide Elternteile erhalten damit jeweils für bis zu zehn Wochen (Alleinerziehende bis zu 20 Wochen) 67 Prozent



**Angesichts fehlender Kinderbetreuung und eingeschränkten Schulunterrichts stehen viele Eltern vor besonderen Herausforderungen, Beruf und Familie zu vereinbaren.**

des Nettoeinkommens (monatlich maximal 2.016 Euro). Die Entschädigungszahlung kann auch tageweise aufgeteilt werden. Der Anspruch gilt für Eltern mit Kindern unter zwölf Jahren. Bei Kindern mit Behinderungen greift der Anspruch auch, wenn die Kinder älter oder auch bereits volljährig sind.

Familien, die Einkommensausfälle hinnehmen müssen und nur noch ein geringes Einkommen erzielen, erhalten einfacher den sogenannten Kinderzuschlag. Bei Neuansprüchen wird hier vorübergehend nur das letzte Monatseinkommen geprüft – nicht wie üblich das Einkommen der vergangenen sechs Monate.

Beim Elterngeld hat die Koalition mehr Flexibilität geschaffen: Eltern, die in systemrelevanten Branchen und Berufen arbeiten, können ihre Elterngeldmonate aufschieben. Eltern, die parallel in Teilzeit arbeiten und sich die Kindererziehung teilen, verlieren den Partnerschaftsbonus nicht, wenn sie mehr oder weniger arbeiten als geplant. Wichtig für werdende Eltern: Einkommensverluste – etwa durch Kurzarbeit – führen später nicht zu Nachteilen bei der Berechnung des Elterngeldes.

### **Für Mieterinnen und Mieter**

Wer wegen der Corona-Krise Schwierigkeiten bekommt, die Miete oder Leistungen der Grundversorgung wie Strom oder Gas zu bezahlen, bekommt einen Aufschub gewährt. Wegen Mietschulden aus dem Zeitraum vom 1.

April 2020 bis 30. Juni 2020 dürfen Vermieter das Mietverhältnis nicht kündigen, sofern die Mietschulden auf den Auswirkungen der Corona-Pandemie beruhen. Die Pflicht zur Nachzahlung der Miete bleibt bestehen.

Außerdem wurde geregelt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Kleinunternehmen nicht von der Grundversorgung (z. B. Strom, Gas) abgeschnitten werden dürfen, wenn sie wegen der Corona-Krise vorübergehend in Zahlungsschwierigkeiten kommen. Mit einem Notfallplan für das Wohngeld erhalten Mieterinnen und Mieter leichter, schneller und unbürokratischer einen Zuschuss zu den Wohnkosten.

Zahlungspflichten aus Verbraucherdarlehensverträgen, die bis zum 30. Juni 2020 fällig werden, werden gesetzlich um drei Monate gestundet, wenn der Schuldner beziehungsweise die Schuldnerin infolge der Pandemie nicht zahlen kann.

Zahlungspflichten aus Verbraucherdarlehensverträgen, die bis zum 30. Juni 2020 fällig werden, werden gesetzlich um drei Monate gestundet, wenn der Schuldner beziehungsweise die Schuldnerin infolge der Pandemie nicht zahlen kann.

### **Für Schülerinnen, Schüler und Studierende**

Der Bund unterstützt Schulen sowie Schülerinnen und Schüler beim digitalen Unterricht zu Hause mit zusätzlich 500 Millionen Euro für die Anschaffung von digitalen Endgeräten.

Für Studierende hat die SPD-Fraktion einen Not- hilfefonds durchgesetzt: Bis zu 100 Millionen Euro stellt der Bund bereit, um Studentinnen und Studenten in finanzieller Not mit direkten Zuschüssen zu unterstützen. So wird jenen geholfen, die zum Beispiel krisenbedingt ihre Nebenjobs verloren haben.

Zudem sind die Regeln beim BAföG geändert worden: Studierende, die BAföG erhalten, sollen keine finanziellen Nachteile haben, wenn Vorlesungen wegen der Corona-Pandemie vorübergehend ausfallen. Und wer sich in systemrelevanten Tätigkeiten etwas hinzuverdient und so bei der Bewältigung der Krise mithilft, hat dadurch keine Einbußen bei der BAföG-Förderung.

### **Für Kultur und Veranstaltungsbranche**

Die Corona-Pandemie stellt Freizeiteinrichtungen und die Veranstaltungsbranche vor große Herausforderungen. Viele bereits gekaufte Eintrittskarten für Konzerte, Fes-

tivals, Lesungen oder Sportwettkämpfe können nicht eingelöst werden. Klar ist: Wer bereits Eintrittskarten gekauft hat, soll das dafür investierte Geld nicht verlieren. Gleichzeitig würde die unmittelbare Zurückerstattung von bezahlten Eintrittsgeldern Veranstalter und Betreiber in noch größere finanzielle Nöte bringen. Die Koalition hat deshalb eine Gutschein-Lösung beschlossen. Inhaberinnen oder Inhaber einer Eintrittskarte erhalten statt der Erstattung des Eintrittspreises einen Gutschein. Diesen können sie entweder für die Nachholveranstaltung oder für eine andere Veranstaltung des Veranstalters einlösen. Wenn der Verzicht auf eine finanzielle Erstattung aufgrund persönlicher Lebensverhältnisse unzumutbar ist oder der Gutschein nicht bis Ende 2021 eingelöst wird, gibt es das Geld zurück.

### Für Selbstständige und Kleinbetriebe

Für kleine Unternehmen, freie Berufe und Solo-Selbständige ist die Corona-Krise eine wirtschaftlich existenzbedrohende Situation. Betroffen sind alle Branchen, vom Handwerk bis zu Selbständigen im Kulturbereich. Der Bund hat für sie ein Programm »Corona-Soforthilfen für kleine Unternehmen und Solo-Selbständige« beschlossen. Insgesamt stehen 50 Milliarden Euro als Zuschüsse unter anderem für laufende Miet- und Pachtkosten und Leasingraten zur Verfügung.

Außerdem hat der Bundestag beschlossen, die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie ab dem 1. Juli 2020 vorübergehend auf den ermäßigten Steuersatz abzusenken. Die Maßnahme ist befristet, weil sie als Anschlag für die Zeit nach den Schließungen gedacht ist.

### Für Unternehmen

Um die Volkswirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern, hat die Koalition zügig einen Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) eingerichtet. Er soll die Liquidität und Eigenkapitalausstattung der von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen sicherstellen. Befristet bis Ende 2021 kann der Staat über den Fonds mit mehreren Instrumenten langfristige ökonomische und soziale Schäden abwenden: 100 Milliarden Euro sind für so genannte Rekapitalisierungsmaßnahmen zur Kapitalstärkung vorgesehen. Der Staat kann sich direkt an in Not geratenen Unternehmen beteiligen, um deren Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Staatliche Garantien von bis zu 400 Milliarden Euro helfen Unternehmen dabei, am Kapitalmarkt Geld zu bekommen. Mit Krediten von bis zu 100 Milliarden Euro werden Sonderprogramme der Kreditanstalt für

Wiederaufbau (KfW) refinanziert. KfW-Programme für Liquiditätshilfen wurden deutlich ausgeweitet, zusätzliche Sonderprogramme aufgelegt.

Kleinere und mittlere Unternehmen können den neuen KfW-Schnellkredit 2020 in Anspruch nehmen. Dieses KfW-Darlehen unterstützt in Höhe von drei Monatsumsätzen bis zu einem Höchstbetrag von 800.000 Euro bei 100 Prozent Haftungsfreistellung. Start-ups werden zusätzlich mit einem Zwei-Milliarden-Euro-Hilfspaket unterstützt.

Außerdem hat die Koalition die Regelungen zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen geändert. Steuervorauszahlungen können gesenkt, Steuern zinslos gestundet und Vollstreckungsmaßnahmen ausgesetzt werden. Zudem werden Unternehmen vor pandemiebedingten Insolvenzen geschützt. Und es wurde dafür gesorgt, dass Gesellschaften, Vereine, Genossenschaften und Wohnungseigentümergeinschaften trotz beschränkter Versammlungsmöglichkeiten handlungsfähig bleiben.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Staatliche Unterstützung soll es nur unter bestimmten Bedingungen geben. Vorstände von Unternehmen, die staatliche Hilfen in Anspruch nehmen, dürfen keine Boni kassieren oder Gewinne an Aktionäre ausschütten. Das Kapital soll stattdessen im Unternehmen bleiben, auch um mit Investitionen in Forschung und Weiterbildung die eigene Zukunftsfähigkeit zu sichern.

**Leere Tische und Stühle von geschlossenen Cafés und Restaurants prägten für mehrere Wochen das Bild in den Innenstädten. Zahlreiche Gastronomiebetriebe meldeten für ihre Beschäftigten Kurzarbeit an.**



# Jetzt ist europäische Solidarität gefragt – mehr denn je

INTERNATIONAL



ACHIM POST  
MDB  
Stellvertretender Vorsitzender  
der SPD-Bundestagsfraktion

**D**er Zusammenhalt Europas wird in der Corona-Krise elementar herausgefordert. Gesundheitlich und in Folge auch politisch und ökonomisch ist diese Krise beispiellos. Doch es gibt inzwischen Grund zu Zuversicht: Europa beginnt sich in der Krise zusammenzurufen. Grenzen werden wieder geöffnet, massive solidarische Hilfs- und Konjunkturprogramme sind auf dem Weg.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich von Beginn an dafür stark gemacht, dass Europa eine starke und gemeinsame Antwort auf die Krise gibt. Und das bleibt unsere Linie, gerade auch während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ab Juli 2020, die eine besondere Verantwortung mit sich bringt.

Bereits das von den EU-Finanzministern auf den Weg gebrachte europäische Nothilfeprogramm in Höhe von 500 Milliarden Euro ist beachtlich. Die Kombination aus einem erleichterten Zugang zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), dem europäischen Fonds für Kurzarbeitergeld (SURE) und Unternehmenskrediten durch die Europäische Investitionsbank (EIB) hilft, die akuten Krisenfolgen zu bewältigen.

Nichtsdestotrotz wird die Corona-Krise absehbar den bisher dramatischsten Einbruch in der Wirtschaftsleistung der Eurozone mit sich bringen. Wenn nicht schnell und aktiv gehandelt wird, drohen eine langfristige Rezession und das Risiko, dass sich Ungleichgewichte innerhalb Europas und der Eurozone weiter verstärken und dadurch die Stabilität unseres Kontinents leidet. Nur folgerichtig ist deshalb der Vorschlag der EU-Kommission für ein starkes und solidarisches europäisches Wiederaufbauprogramm, der auf dem deutsch-französischen Wiederaufbauplan aufsetzt. Indem die Kommission gemeinsame europäische Anleihen und echte Investitionszuschüsse für die besonders von der Krise betroffenen Länder vorschlägt,

greift sie zentrale sozialdemokratische Forderungen auf, die wir als SPD-Fraktion frühzeitig in die Debatte eingebracht haben und letztlich auch gegenüber unserem Koalitionspartner in Deutschland durchgesetzt haben. Hinzu kommt: Über die langfristige Refinanzierung der gemeinsamen Anleihen durch neue Eigenmittel der EU hat der Vorschlag das Potenzial, die EU einen weiteren wichtigen Integrationsschritt voranzubringen.

Gelingt eine Verständigung auf den Vorschlag der Kommission, wäre dies ein Riesenfortschritt für den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit Europas. Die weitere Debatte muss jetzt im Bemühen geführt werden, die Vorschläge der Kommission möglichst noch weiter zu verbessern, nicht aber zu verwässern. Das wird nicht einfach, ist aber zu schaffen, wenn insbesondere Deutschland und Frankreich weiter an einem Strang ziehen und auch das Europäische Parlament weiter politisch Druck macht.

Mit der notwendigen Verständigung auf das europäische Wiederaufbauprogramm, auf den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) sowie auch auf Eckpunkte für die künftige Partnerschaft zwischen der EU und Großbritannien kommen auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft echte Mammutaufgaben zu. Gleichzeitig gilt es, unsere sozialdemokratischen Kernanliegen weiter voranzutreiben, wie ein soziales Europa durch europäische Mindestlöhne, die gerechtere Besteuerung von Unternehmen, gerade auch der Digital-Giganten, oder die nachhaltige Transformation unserer Wirtschaft im Rahmen des »Green New Deals«.

Die letzten Wochen haben gezeigt: Wir können als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Fortschritte für mehr europäische Solidarität erreichen, wenn wir Verantwortung übernehmen und mithelfen, Brücken in Europa zu bauen.

# Die globale Bedrohung Corona braucht multilaterale Antworten

INTERNATIONAL



GABRIELA HEINRICH  
MDB  
Stellvertretende Vorsitzende  
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bedrohung durch das Coronavirus ist für uns alle unmittelbar vor Ort erfahrbar. Wir mussten unseren Alltag ändern, müssen Abstand halten, soziale Kontakte vermeiden und viel von dem unterlassen, was uns sonst wichtig ist. Gut ist, dass die Maßnahmen wirken: Die Kurve sinkt. Um langfristig und nachhaltig wieder zu unserem normalen Leben zu rückzukommen, werden wir das Virus jedoch besiegen und nicht nur aussitzen müssen. Das kann nur durch einen gemeinsamen, globalen Kraftakt erreicht werden. Der Rückzug ins Nationale ist hingegen keine Antwort auf die Herausforderungen und wird die Krise weiter verstärken.

Nicht nur in Deutschland, auch weltweit befinden wir uns noch am Anfang der Pandemie. Während das Virus keine Grenzen kennt, ist bereits jetzt absehbar, dass es manche Länder schwerer trifft als andere. Gerade die schwächsten Länder des globalen Südens werden massiv mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Eindämmungsmaßnahmen zu kämpfen haben. Schon jetzt ist absehbar, dass Covid-19 bestehende Ungleichheiten verschärft, innergesellschaftlich genauso wie international. Diese Verschärfung droht die in den letzten Jahrzehnten er-

reichten Wohlstandsgewinne für die wenig entwickelten Länder zunichte zu machen. Die Gefahr politischer Instabilität, großer Hungersnöte sowie neuer Flucht- und Migrationsbewegungen steigt.

Auch das – bereits vor Covid-19 schon zunehmend fragile – System der internationalen Ordnung und ihrer multilateralen Institutionen ist bedroht. Das ist besonders tragisch, denn gerade jetzt braucht es mehr denn je internationale Lösungen. Nationale Alleingänge zu Anfang der Pandemie haben die Krise überhaupt erst so groß werden lassen – man denke nur an die gerade zu Beginn massive Zensur in China oder das Nichtverwenden von WHO-Tests in den USA. Internationaler Wissensaustausch und Zusammenarbeit sind dagegen der Grund, weshalb beispielsweise so schnell Tests entwickelt werden konnten. Es ist gut, dass Deutschland und unsere Bundesminister Olaf Scholz und Heiko Maas bereit sind, die globale Antwort auf Corona weltweit zu unterstützen. Einerseits durch mehr und schnelleres Geld für die humanitäre Hilfe und durch die Schuldensündigung für die ärmsten Länder, die auf der Ebene der G20 erreicht werden konnte, andererseits auch durch die Stärkung der internationalen Or-

ganisationen und des multilateralen Systems. Dies zeigt sich auch im Konjunkturpaket, wo wir drei Milliarden Euro zusätzlich für die weltweite Bekämpfung der Pandemie sowie für die Ausweitung der humanitären Hilfe und gesundheitlichen Vorsorge durchsetzen konnten.

Gerade das nächste Halbjahr bringt große Verantwortung aber auch Gestaltungsmöglichkeiten für die Bundesrepublik. Zum einen wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Es liegt auf der Hand, dass die Bekämpfung der Pandemie eine Priorität fast aller Politikbereiche werden wird. Europäische Solidarität in der Bekämpfung des Virus und im ökonomischen Wiederaufbau sowie europäische Gestaltungskraft in multilateralen Foren und bei globalen Herausforderungen wie nicht zuletzt auch dem Klimaschutz sind unser Ziel. Zum anderen übernimmt die Bundesrepublik im Juli auch zum zweiten Mal in unserer aktuellen nichtständigen Mitgliedschaft den Vorsitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Dies bietet eine weitere Möglichkeit, an der Stärkung der multilateralen Ordnung inklusive der WHO und einer globalen Antwort auf Corona mitzuwirken.



**Wir stärken nicht  
nur die Wirtschaft,  
sondern vor allem auch  
Familien, Menschen  
mit normalem  
Einkommen, Städte  
und Gemeinden.**



CARSTEN SCHNEIDER  
MDB  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer  
der SPD-Bundestagsfraktion